

II-5731 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 28591J

A N F R A G E

1992 -04- 28

der Abgeordneten Kraft
und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Grenzgänger

Der Grenzgängerbundesverband Österreich macht die verantwortlichen Politiker auf die Vorgangsweise der deutschen Finanzbehörden aufmerksam, die immer mehr Grenzgänger, die öfter als 45 Tage im Jahr außerhalb der Grenzzone ihre Tätigkeit ausüben, zur Steuerleistung in der BRD heranziehen. Für die deutschen Behörden ist es unerheblich, ob es sich um eine geringfügige Überschreitung dieser 30 km-Grenzzone durch Zustellfahrten, vorübergehende Tätigkeiten in Zweigbetrieben oder um weiterreichende Dienstreisen handelt. In solchen Fällen unterliegt der österreichische Grenzgänger in der BRD der beschränkten Einkommensteuernpflicht und muß damit höhere Steuerklassen bei fehlenden Absetzmöglichkeiten und erhöhtem administrativem Aufwand in Kauf nehmen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

A n f r a g e :

- 1) Ist Ihnen diese Vorgangsweise der deutschen Finanzbehörden bekannt?

- 2 -

- 2) Welche Möglichkeiten sehen Sie, die betroffenen Grenzgänger zu entlasten?

- 3) Gibt es Möglichkeiten, die 45 Tageregelung aus dem Doppelbesteuerungsabkommen mit der BRD herauszunehmen?